

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christoph Deutschmann **3** Eurokrise und internationale Finanzkrise – Die Finanzialisierung der Wirtschaft als politische Herausforderung für Europa
- Elke Schenk **15** EU und Euro in der Krise – Perspektiven für ein anderes Europa?
- Max Danzmann **24** Stabilisierung des Euro durch Vollgeld?
- Eckhard Behrens **33** Staatliches Nebengeld – Damit Griechenland im Euroraum bleiben kann
- Helmut Woll **41** Ernst Friedrich Schumacher – ein Prophet der Mittleren Technologie
- Dieter Suhr † **49** Grundrechte gegen die Natur – Haftung für Naturgüter?
- 64** Bücher
- 79** 58. Mündener Gespräche in Wuppertal

B Ü C H E R

Felix Ekardt Jahrhundertaufgabe Energiewende – Ein Handbuch

Berlin: Ch. Links Verlag 2014. 190 Seiten.

Unter den vielen Werken zur nachhaltigen Zukunftsgesellschaft, Zero-Carbon-Society oder Postwachstumsökonomie nimmt dieses Buch eine prominente Rolle ein. Interdisziplinär ausgerichtet und multi-perspektivisch in seiner Analyse stehen am Ende doch eine klare strategische Handlungsorientierung und ein umsetzbarer politischer Maßnahmenkatalog für den Übergang in die „postfossile Welt“. Anstelle ausufernder „Zahlenschlachten“ und „Quantifizierungen“ zeigt Ekardt vor allem die Folgen und Wechselwirkungen des Klimawandels mit weltweitem Hunger, Migrantenströmen und zunehmenden Verteilungskonflikten zwischen Reichen und Armen. Zugleich nimmt er die politischen Zwänge und kulturellen Prägungen unter die Lupe, welche die Handlungsmuster der verschiedenen Akteure von den Konsumenten über die Industrie bis zu Politikern und institutionellen Repräsentanten bestimmen. Das Spektrum der Betrachtung reicht von Max Webers Protestantismus-Kritik als der großen mentalen Blaupause moderner Gesellschaften bis zu den lebensweltlichen Herausforderungen eines jeden Einzelnen vom Einkauf und der Ernährung bis hin zu seiner Fortbewegung und dem Urlaubsverhalten.

Das Buch beginnt mit einer Kritik der gegenwärtigen Engführung der Energiewende in Deutschland auf den kleinen Ausschnitt der Stromerzeugung, -verteilung und -preisbildung. (S.11, 26ff) Fossile Energien steckten jedoch nicht nur im Strom, sondern in vielen Produkten, im Dünger, in Kunststoffen sowie in der Unterhaltungselektronik und im Warentransport. Neben einer differenzierten Würdigung von neuen „Wundertechnologien“ wie der Abscheidung von Kohlendioxid aus Kohlekraftwerken und die Einlagerung in tiefere Erdschichten (S.57) arbeitet der Autor eine Reihe ökonomischer Aspekte heraus, beispielsweise dass die langfristigen Folgen

unterlassener Klimaschutzmaßnahmen in Form von Ernteaussfällen, Naturkatastrophen, Überschwemmungen usw. fünfmal so teuer kommen wie die Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Klimaschutz, ganz zu schweigen von der Gefahr gigantischer Naturkatastrophen. (S.29)

Das von Ekardt präferierte soziale und ökologische Handlungsmodell setzt vornehmlich auf Verhaltensänderungen (auf allen Ebenen) und ein neues Verständnis von Normalität. Dabei werden Widersprüchlichkeiten im menschlichen Verhalten ausgeleuchtet, u.a. in der Beziehung zwischen Wissen und Umweltverhalten (die Folgen des eigenen Handelns liegen räumlich und zeitlich in weiter Ferne) oder des ökologischen „Mehrkonsums“ (man fährt zum Beispiel jetzt mehr Auto, weil es ja ein „umweltfreundliches“ Elektrofahrzeug ist) sowie hinsichtlich psychologischer Faktoren des Kaufverhaltens (Prestige- oder Statuskäufe, weil Nachbarn oder Kollegen bereits ein solches Produkt besitzen). Mit letzterem Phänomen hatte sich bereits Fred Hirsch in seinem 1976 erschienenem Werk „The Social Limits to Growth“ befasst und darauf hingewiesen, dass die Befriedigung individueller Bedürfnisse durch Waren und Dienstleistungen der Wachstumswirtschaft über den elementaren Lebensbedarf hinaus nur solange als angenehm empfunden wird, wie sie einen Prestigegegewinn gegenüber den Mitmenschen verschafft. Ein für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen erschütternder Tatbestand.

Ekardt wünscht sich eine Wertewandeldebatte: weg vom „konsumistisch ausgelebten Freiheitsverständnis“ (S.86) und hin zu sozialverträglichen Mustern des Verzichts und der Genügsamkeit („Suffizienz“). Wohl wissend, dass damit eine unterschwellige Bedürfniskritik einhergeht, die von Gegnern schnell mit dem Vorwurf der „Ökodiktatur“ gekontert wird, entwickelt der Autor eine Kritik ökonomischer Axiome, gepaart mit einer Rechts- und Ethikdiskussion über normative und instrumentelle Vernunft. (S.131ff) Auch wenn Ökonomen das selten so sehen, so liegt der ökonomischen Bewertung der Umwelt bereits eine (implizite) Ethiktheorie zugrunde (eine krypto-normative, könnte man auch sagen). Wenn allein die Präferenzen der Markt-

teilnehmer letzte Gültigkeit besitzen, ist für sie faktisches Wollen per se richtig. Es geht dann nur noch um den richtigen Preis. Der Autor sieht in diesem Ansatz eine Einschränkung der Selbstbestimmungsrechte der Betroffenen, insbesondere derer, die sich ökonomisch nicht artikulieren können. Freiheitsrechte haben jedoch eine intergenerationale und globale Dimension. Die Lösung der Energie- und Klimaprobleme als für die Menschheit existentielle und ethische Aufgabe erfordere somit Maßnahmen, welche bestimmte Freiheiten einiger beschneiden, um die generellen Entfaltungsmöglichkeiten aller zu sichern – so etwa der rechtstheoretische Kerngedanke. In praktischer Hinsicht wird für eine Verteuerung fossiler Rohstoffe und generell der Bodennutzung sowie die Ausweitung des Emissions-Zertifikate-Handels (ETS) auch über den CO₂-Bereich hinaus plädiert, damit umweltschädliche Ausweichmöglichkeiten verschlossen werden. (S. 102) Abgesehen von der Kritik am „Verschenken“ der Zertifikate an die Emittenten und den zu niedrigen Preisen hätte jedoch gerade das Zertifikate-Modell durchaus eine eingehendere kritische Würdigung verdient. Keine Beachtung findet zum Beispiel die Tatsache der Förderung ökonomisch Mächtiger durch den Zertifikate-Handel oder der Einsatz der Instrumente Steuern und Abgaben anstelle von Zertifikaten: Während durch Erstere Geldmittel vom privaten in den öffentlichen Sektor fließen, bleibt durch die Abgabe von „Verschmutzungsrechten“ das Geld bei denen, die aus der Ausbeutung der Natur ohnehin schon hohe Gewinne erzielen.

Insgesamt ein interessantes und lesenswertes Buch, das komplexe Zusammenhänge anschaulich präsentiert. Jenseits der fatalen Alternativen eines „Hyperindividualismus“ und einer „totalitären Gesellschaftsordnung“ wird für die Selbstbestimmung aller Betroffenen argumentiert und ein wirksames Wechselspiel der Akteure gefordert. Das rechtliche Handlungsmodell ist evident. Aber es bleibt die Frage, wie es um die faktischen Umsetzungsmöglichkeiten solcher Konstruktionen im Gefüge der Systemrationalitäten von wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht steht. Wie Wolfgang Stegmüller einmal feststellte, ist Evidenz nicht das Ein-

leuchtende, sondern das gelten lassen des Einleuchtenden.

Hans-Günter Wagner

Barbara Unmüßig & Lili Fuhr & Thomas Fatheuer
Kritik der Grünen Ökonomie

München: oekom Verlag, 2015. 192 Seiten.

20 Jahre nach dem ersten Erdgipfel 1992, auf dem die völkerrechtlich verbindlichen Konventionen zu Artenschutz, Klimaschutz und zur Bekämpfung der Wüstenbildung verabschiedet wurden, sollte auf der UN-Konferenz Rio+20 die Grüne Ökonomie als neues globales Leitbild eines kohlendioxidarmen Wirtschaftens etabliert werden, was zu kontroversen Diskussionen ohne verbindliche Abmachungen führte und von einigen Entwicklungsländern als Versuch der Industrieländer interpretiert wurde, ihre Märkte mit höheren Umweltstandards abschotten zu wollen.

Thomas Fatheuer, Lili Fuhr und Barbara Unmüßig von der Heinrich-Böll-Stiftung hinterfragen die Grüne Ökonomie und prüfen kritisch deren Versprechen, Möglichkeiten und Wirkungen. Ausgangspunkt ihrer Analyse ist die viel beachtete Studie „Planetare Grenzen“ der internationalen Arbeitsgruppe um Johan Rockström, Direktor des Stockholmer Resilienz-Zentrums, nach der die globalen ökologischen Belastungsgrenzen hinsichtlich Biodiversitätsverlust, Stickstoffkreislauf, Landnutzung und Klimawandel bereits überschritten sind. Dass ein „Weiter so“ keine Option ist, begründen die Autoren entsprechend durch eine kritische Analyse der „Vorherrschaft der Klimakiller“, insbesondere der Kohle, des Verlusts biologischer Vielfalt, der Problematik einer zunehmend konzentrierten und abnehmend inklusiven agroindustriellen Landwirtschaft sowie einer Welt mit zunehmender sozialer Ungleichheit, Armut und Hunger bei voraussichtlich bis 2050 steigender Weltbevölkerung. Deutlich wird, dass sich Umweltpolitik nicht auf die Reduzierung von Kohlendioxidemissionen verdichten lässt, was zur zentralen Frage überleitet, ob die auf der Rio+20-Konferenz diskutierte Grüne Ökonomie überhaupt einen Ausweg aus der globalen Krise zu bieten vermag.

Dass die Grüne Ökonomie „Natur neu definiert“ anstatt „Wirtschaft neu zu denken“, indem sie Natur als „Naturkapital“ quantitativ erfasst, monetär misst, aneignet und verrechnet, wird ebenso kritisiert wie die wachstumsorientierte Fokussierung auf neue Technologien, deren Risiken und negative Folgen in der Anfangsphase immer wieder systematisch unterschätzt wurden. Aktuelle Risiken grüner Technologien betreffen etwa die synthetische Biologie bzw. extreme Gentechnik oder das Geoengineering, welches unter anderem zur Bekämpfung des Klimawandels propagiert wird. Es wird daran erinnert, dass Technologien von Interessen und Machtverhältnissen abhängig und keineswegs neutral sind, was im Vorfeld eine sorgfältige Technikfolgenabschätzung erforderlich macht. Auch sollten soziale Innovationen, etwa neue Formen des Wirtschaftens, nicht vernachlässigt werden.

Die blinden Flecken der Grünen Ökonomie werden anschaulich verdeutlicht: Die Konzentration der Grünen Ökonomie auf Kohlendioxid droht andere Umweltfragen in den Hintergrund zu drängen. Es zählt allein die messbare Reduzierung, egal, ob durch den Ausbau erneuerbarer Energien, Atomkraftwerke, „Carbon Capture and Storage“ oder CO₂-Verpressung. Bei unterstellter Technikneutralität fehlen politische Vorgaben für den technologischen Weg. Wie von der Politik gesetzte und öffentlich finanzierte ökologische Ziele den Gewinnmaximierungszielen von Unternehmen dienen, wird am CO₂-Zertifikatehandel aufgezeigt. Der Zertifikatehandel führt zu einer Entmachtung der Politik und zur anomalen Möglichkeit, steigende Emissionen durch preiswerte Kompensationskäufe von Zertifikaten als Reduktionen zu vermarkten.

Unternehmen sind die wichtigsten Akteure der Grünen Ökonomie, neben denen soziale Akteure, wie soziale Bewegungen für ökologische Landnutzung oder Indigene, insbesondere bei Widerspruch keine systematische Berücksichtigung finden. Gleiches gilt für die feministische Ökonomie, die eine gesellschaftliche und politische Aufwertung und Anerkennung von Sorgearbeit fordert, sowie das auch als blinder Fleck der Grünen Ökonomie identifizierte Thema der sozia-

len Gerechtigkeit: Forderten die Kosten der Energiewende bei den ärmsten 30% bereits ein überproportional hohes Opfer im Vergleich zu den oberen 70% der Einkommensbezieher, so würde eine effektive höhere Bepreisung des Kohlenstoffverbrauchs noch zu erheblich stärkeren sozialen Verwerfungen (Energiearmut) führen. Problematisch ist, dass die Grüne Ökonomie hierauf keine Antwort hat und auch kein plausibles Szenario existiert, das Wachstum, absolute Reduzierung des Umweltverbrauchs und mehr globale Gerechtigkeit in Einklang zu bringen vermag.

Die Autoren bieten eine umfassende und insgesamt überzeugende Kritik der Grünen Ökonomie und geben, ohne hierzu einen umfassenden Gegenentwurf vorlegen zu wollen, interessante und wichtige Denkanstöße für eine weiterführende öffentliche und politische Diskussion, welche letztlich auch die anhaltende Wachstumskontroverse zwischen heutigen grünen Wachstumsoptimisten und ökologischen Wachstumspessimisten betrifft. Bezüglich des abschließenden Plädoyers der Autoren für eine Repolitisierung der Ökologie mit mehr zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einsatz für eine soziale und ökologische Transformation, woraus sich wohl auch eine politisch verordnete Suffizienzstrategie neben der wirtschaftsaffinen Effizienz- und Konsistenzstrategie ergäbe, stellt sich die Frage, ob sich diese Forderung nur auf die nationalstaatliche Ebene bezieht bzw. wie eine „konfliktfähige ökologische Politik“ auf internationaler Ebene realiter umgesetzt werden soll. Ausgehend vom Ziel, dass die Ökonomie dem Menschen dienen sollte und nicht umgekehrt, bleibt offen, ob und wie der ökologisch problematische und deshalb nun „begrünte“ Wachstumszwang, der monetär bedingt ist, beendet werden soll und kann, ohne die Stabilität des ökonomischen Systems zu gefährden.

Carsten Müller

Papst Franziskus Laudato si' – Über die Sorge für das gemeinsame Haus

Rom: Libera Editrice Vaticana, 2015. 108 Seiten.

Papst Franziskus hatte schon kurz nach seinem Amtsantritt eine Umweltenzyklika ange-

kündigt. Der erste Entwurf wurde vom Rat „Justitia et Pax“ erstellt, zahlreiche Bischöfe arbeiteten dem Papst zu, besonders der Amazonas-Bischof Erwin Kräutler, der Menschenrechtler und Träger des alternativen Nobelpreises, der auch als Co-Autor des 2. Kapitels über „Umweltschutz“ fungierte. Somit trägt die Enzyklika wesentliche befreiungstheologische Züge Lateinamerikas und wurde in der Urfassung auch in spanischer Sprache verfasst. Das allein war schon ein Novum päpstlicher Rundschreiben, das erstmalig nicht nur an die katholische Welt, sondern an die ganze Menschheit adressiert ist. Papst Franziskus lädt mit diesem Rundschreiben persönlich zu einem neuen weltweiten Dialog über die Zukunft unseres Planeten Erde ein, wenn er schreibt: „Ich lade dringlich zu einem neuen Dialog ein über die Art und Weise, wie wir die Zukunft unseres Planeten gestalten. Wir brauchen ein Gespräch, das uns alle zusammenführt, denn die Herausforderung der Umweltsituation, die wir erleben, und ihre menschlichen Wurzeln interessieren und betreffen uns alle. (14)¹ Dies geschieht aber nicht aus der Warte einer absoluten Wahrheit „von oben“, sondern von der Wirklichkeit aus, wie sie ist.

Wie man hörte, sollte ursprünglich „Laudato si“ mit theologischen Grundsatzserklärungen beginnen. Jetzt beginnt es „von unten“ mit der Empirie. Damit führt er als erster Papst in einem hochoffiziellen Dokument auf methodischer Ebene die Wahrnehmung der Wirklichkeit als theologisches Paradigma ein und zwingt das christliche Denken so zu einem aktuellen und gesprächsfähigen Denken. „Was unserem Haus widerfährt“ lautet der Titel des ersten Kapitels. Konkret benennt es die zentralen ökologischen und zugleich soziopolitischen Themen, mit denen sich die Wissenschaften, die internationale Politik und aufsehenerregende Weltkonferenzen, umgetrieben von einem bedrohten Weltalltag, beschäftigen: Weltklima und Erdverschmutzung, Sorge um die biologische Vielfalt, die Verödung von Städten und Landschaften, eine von Überproduktion gefährdete, auf Monotonie hin tendierende und Hunger zulassende Weltwirtschaft, ein Konsumismus, unter dessen Schleier sich eine destruktive Vereinsamung breit macht. Dieses Kapitel ist

unwiderlegbar, weil es (von wissenschaftlicher Sachkunde abgesichert) vielfache, höchst sensible und gefährdende Prozesse benennt, darüber einen Dialog fordert und selbst die unterschiedlichen Folgerungen als Anlass zu differenzierten Diskursen aufgreift.

Damit beabsichtigte Franziskus mit seiner Enzyklika Einfluss auf die UN-Klimakonferenz in Paris Ende 2015 zu nehmen, wo er erhoffte, dass die Vertreter mutiger als beim Treffen 2014 in Peru sein würden, um in sozioökologischer Sache mehr voranzukommen. Er äußerte in einer Pressekonferenz Mitte Januar 2015: „Wichtig ist, dass zwischen ihrer Veröffentlichung und dem Treffen in Paris ein gewisser zeitlicher Abstand liegt, damit sie einen Beitrag leistet. Das Treffen in Peru (2014) war nichts Besonderes. Mich hat der Mangel an Mut enttäuscht. An einem gewissen Punkt haben sie aufgehört. Hoffen wir, dass in Paris die Vertreter mutiger sein werden, um in dieser Sache voranzukommen.“²

So ist die zentrale Botschaft und der Ausgangspunkt der Enzyklika, dass die ökologischen Schäden auf die Produktions- und Lebensweise der Reichen zurückgehen und die Armen darunter zu leiden haben. „Soziale und ökologische Gerechtigkeit gehören also zusammen.“ (Ziffer 48, 93) So kritisiert Papst Franziskus, dass eine kleine Minderheit der Weltbevölkerung ein nur für sie vorteilhaftes Produktionsmodell durchsetzt und für sich einen Lebensstil beansprucht, der zur globalen sozialen und ökologischen Katastrophe führt. Dieser Produktions- und Lebensstil stellt eine „ökologische Schuld“ (50) dar, verursacht durch einen exzessiven Rohstoffabbau, der schwere Umweltschäden verursacht. Diese „ökologische Schuld“ steht in enger Verbindung zur Auslandsverschuldung, mit der den überschuldeten Staaten Austeritätsprogramme aufgedrückt werden, die lebenszerstörend wirken.

Dass ökologische und soziale Gerechtigkeit zusammengehören, begründet der Papst mit seinem biblischen Verweis „Wir vergessen, dass wir selber Erde sind (vgl. Genes. 2,7)“ und auf Gedeih und Verderb mit der Natur verwoben sind. Deshalb spricht er in der Enzyklika von der Erde als einer „Schwester“ der Menschen. „Diese Schwester schreit“, weil sie missbraucht, misshandelt

und verletzt werde. Feststellend sagt der Papst: „Wir kommen jedoch heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.“ (49) Deshalb fordert die Schöpfungszyklika eine „kulturelle Revolution“ gegen ein „strukturell pervernes System von Eigentumsverhältnissen“. (52) Damit wird auch die Bodenfrage neu gestellt. So formuliert der Papst klare Konsequenzen: „Es wird unerlässlich, ein Rechtssystem zu schaffen, das unüberwindliche Grenzen erhält und den Schutz der Ökosystem gewährleistet.“ (53 und 177) Er bezieht sich auf die Erkenntnis der indigenen Völker Lateinamerikas, die darauf bestehen, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch eine Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde vervollständigt werden muss. Die Erde wird nicht als Objekt, sondern als Schwester der Menschen angesehen. Insofern weist der Papst sogar über die bloße Sicht des Christentums hinaus und warnt: „Die Politik darf sich nicht der Wirtschaft unterwerfen, und diese darf sich nicht dem Diktat und dem effizienzorientierten Paradigma der Technokratie unterwerfen. Im Hinblick auf das Gemeinwohl besteht für uns heute die dringende Notwendigkeit, dass Politik und Wirtschaft sich im Dialog entscheiden in den Dienst des Lebens stellen, besonders in den des menschlichen Lebens.“ (189)

Deutlich macht Franziskus: „Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise.“ (139) Zu dieser Doppelkrise ist es gekommen, weil das entscheidende analytische Stichwort dafür das „technokratische Paradigma“ ist, das dazu geführt hat, die Beziehung des Menschen zur Natur und zur Welt rein instrumental zu sehen. So aber ist durch das „technokratische Paradigma“ (101, 108) eine „anthropologische Maßlosigkeit“ (116) zum System geworden, deren absoluter Wert „die Befriedigung der eigenen Pläne und der eigenen unmittelbaren Bedürfnisse“ (123) sei. Diese Technokratie ist allgegenwärtig und herrscht totalitär über Menschen, die Erde und die Politik. Dieser

Totalitarismus führt schließlich zu der „irrigen Annahme“ und „Idee eines unendlichen und grenzenlosen Wachstums, das die Ökonomen, Finanzexperten und Technologen so sehr begeisterte. Dieses Wachstum setzt aber die Lüge bezüglich der unbegrenzten Verfügbarkeit der Güter des Planeten voraus, die dazu führt, ihn bis zur Grenze und darüber hinaus auszunutzen.“ (106)

Unmissverständlich erinnert der Papst an die schlimme „Rettung der Banken um jeden Preis, indem man die Kosten dafür der Bevölkerung aufbürdet, ohne den festen Entschluss, das gesamte System zu überprüfen und zu reformieren“. Diese Bankenrettung, so sagt es Franziskus, „unterstützt eine absolute Herrschaft der Finanzen, die keine Zukunft besitzt“. (189) Deshalb fordert er, dass die natürliche Umwelt als ein Rechtsgut begriffen wird, „ein Menschenrecht auf Wasser“ (30, 185), ein Menschenrecht der Bauern auf Land (94) und Umwelt als ein kollektives Gut (95). Zugleich plädiert er für ein Recht auf würdige Arbeit ohne Ausbeutung (154), auf Rechte der zukünftigen Generation (109) und auf das Recht, das Klima als „ein gemeinschaftliches Gut von allen und für alle“ (23) rechtlich festzuschreiben.

Damit zielt Papst Franziskus auf die gute Idee des guten Lebens für alle, „buen vivir“ in Lateinamerika genannt, das eine Gegenvision zum grenzenlosen Wirtschaftswachstum des Kapitalismus darstellt, der damit alle Probleme lösen will. „Buen vivir“ zielt nicht auf eine nachhaltige Nutzung der Natur; sie will statt dessen eine Form des Zusammenlebens auf diesem Planeten, in welcher der Mensch die Natur nicht mehr beherrscht und unterwirft. Dieses andere Verständnis von Mensch und Natur und des Menschen in der Natur bedeutet dann aber auch für die Wirtschaft: Die Rechte der Unternehmen auf die Ausbeutung von Rohstoffen finden ihre Grenze an den eigenständigen Rechten von „Mutter Erde“. Diese müssen einklagbar sein.

Wie aber ist diese Transformation gesellschaftlich möglich? Hier verweist der Papst auf die Weisheit der Religionen und konkret auf die biblischen Traditionen, ohne die ein gesellschaftlicher Wandel kaum möglich ist. Deshalb plädiert er

dafür, dass die säkularen Wissenschaften den Religionen auf Augenhöhe begegnen sollen; denn die ökologisch-soziale Doppelkrise braucht eine neue Aufmerksamkeit für die Wahrheiten der Anderen, die in den Religionen zum Tragen kommt. In den Kapiteln II „Das Evangelium von der Schöpfung“ (60-100) und VI „Ökologische Erziehung und Spiritualität“ (202-246) werden diese Gedankengänge entfaltet. Gerade in diesem letzten Kapitel wird der spezifische Beitrag der Religionen, insbesondere des Christentums herausgestellt, was eben eine alleinige rationale Analyse nicht leisten kann. Es ist das Angebot eines „anderen Lebensstils“ eines vorbehaltlosen Bündnisses mit Menschen und Umwelt, einer ökologisch orientierten „Umkehr“ mit all den ihren eigenen Tugenden der Dankbarkeit, der Genügsamkeit und der Bereitschaft, für andere einzustehen.

Was aber ist an dieser Enzyklika trotz ihres großen Wurfes kritisch zu bemerken? Sie bewegt sich auf einer Grenze, die zwar den Weg zum Weltdialog öffnet, aber noch immer einem innerkatholischen Perfektionismus verhaftet ist. Sie ignoriert vollkommen den „Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, den der Weltrat der Kirchen schon 1983 angestoßen hat und mit Erfolg durchführt und der schon viel eher zu den gleichen Ergebnissen der gesellschaftlichen Analyse gekommen ist, die man jetzt auch in der Enzyklika nachlesen kann. Auch die innerkatholischen Projekte wie „Weltethos“ und „Compassion“ werden nicht erwähnt, die eine neue, universal orientierte Sorge für die Menschheit schon vorweggenommen haben. Deshalb bringt dieses päpstliche Rundschreiben für die Akteure des konziliaren Prozesses keine Neuigkeiten, aber es ist für die katholische Kirche ein Aufbruch zu einem neuen sozio-ökologischen Diskurs im Weltdialog mit anderen für eine überlebensfähige und lebenswerte Welt. Das ist nicht hoch genug einzuschätzen! Dann wird es auch nicht mehr vorkommen, dass der Papst als Verbündeter mit anderen Kirchen sich lediglich auf die orthodoxe Kirche und ihres Patriarchen bezieht, die die gleiche Schöpfungstheologie eint: „Um nur ein bemerkenswertes Beispiel zu bringen, möchte ich kurz

einen Teil des Beitrags des geschätzten Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus aufgreifen, mit dem wir die Hoffnung auf die volle kirchliche Einheit teilen.“ (7) Der erste Schritt zum Weltdialog ist von der katholischen Kirche beschritten, aber weitere müssen folgen.

1 Die Nummerierung bezieht sich auf die nummerierten Ziffern in der Enzyklika.

2 Radio Vatikan am 23. März 2015.

Christoph Körner

Carsten Müller Nachhaltige Ökonomie – Ziele, Herausforderungen und Lösungswege

Berlin/Boston: De Gruyter/Oldenbourg Verlag, 2015. 260 Seiten.

Mit dem vorliegenden Buch liefert der Wirtschaftsingenieur Carsten Müller – er lehrt Allgemeine Betriebswirtschaftslehre für Wirtschaftsingenieure an der Hochschule Fulda – eine Analyse ökonomischer, ökologischer und sozialer Krisen, deren tiefere Ursachen in unserem problematisch verfassten Wirtschaftssystem vermutet werden können. Er richtet das Buch an Menschen, die Wege zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem suchen. Müller betrachtet das ökonomische System als mangelbehaftete menschliche Konstruktion, deren Krisenursachen erforschbar und beherrschbar sind. Neben Problembeschreibungen entwickelt Müller daher jeweils entsprechende Vorschläge, „um das ansonsten erfolgreiche marktwirtschaftliche System an den entscheidenden Stellen zu verbessern“.

Zu diesem Zweck beleuchtet Müller zunächst in Kapitel 2 moderne und ältere ökonomische Theorien und stellt dann, zum Teil damit zusammenhängend, nachhaltigkeitsrelevante Aspekte von real- und finanzwirtschaftlichem Wachstum dar. Kapitel 3 erläutert institutionelle Rahmenbedingungen, die bei einer Nachhaltigkeitspolitik zu beachten sind.

Im zentralen Teil des Buches analysiert Müller – gemäß dem so genannten Nachhaltigkeitsdreieck – zunächst (in Kapitel 4) soziale bzw. verteilungsbezogene, dann (in Kapitel 5) ökonomische bzw. monetäre und schließlich (in Kapitel 6) ökologiebezogene Nachhaltigkeitsprobleme.

Im 4. Kapitel werden problematische Trends bei der Verteilung in verschiedenen Weltregio-

nen dargestellt und verschiedene Reformoptionen der Besteuerung (bzgl. Einkommen-, Vermögen-, Erbschaft- und Umsatzsteuer) diskutiert. Nach Einschüben zur Eurokrise und zur demographischen Entwicklung in Deutschland werden abschließend einige Ideen für einen „neuen sozialen Kapitalismus“ skizziert (einige Stichworte: Internationalisierung, ökonomische Inklusion, Grundeinkommen, gesellschaftliche Teilhabe an Produktivitätssteigerungen, globale Sozialstrukturen).

Kapitel 5 behandelt ökonomische Nachhaltigkeitsprobleme, insbesondere mit Blick auf das Finanzsystem bzw. die Geldordnung. Nach einigen Ausführungen zur Entwicklungsgeschichte des Geldsystems identifiziert Müller hier das moderne Kreditgeld und schädliche Zinseffekte als zentrale Problemauslöser sowohl ökonomisch (z. B. Schuldenwachstum) als auch sozial (Polarisierung über den Zinsmechanismus) und ökologisch (bedingt durch den im Kreditgeld eingebauten Wachstumsdruck). Als Therapie schlägt er – unter anderem – eine doppelte Geldreform vor. Einzuführen wäre demnach:

- (als Ersatz für Kreditgeld) Vollgeld, welches von der Zentralbank als Transfer, also zins- und schuldensfrei an den Staat zur freien Verwendung herausgegeben wird,
- eine Liquiditäts- bzw. Umlaufsicherungsgebühr zur Neutralisierung schädlicher Zinseffekte.

Kapitel 6 behandelt schließlich ökologische Nachhaltigkeitsprobleme, hierbei besonders Probleme der steigenden Weltbevölkerung und der Akkumulation von CO₂. Dann werden Strategien nachhaltiger Entwicklung angesprochen:

- auf unternehmensbezogener Ebene z. B. Nachhaltigkeitsmanagement im Unternehmen und Corporate Social Responsibility, ferner allgemein
- Suffizienzstrategie (Senkung des ökologischen Verbrauchs – z. B. durch Bedürfnisanpassung und Verzicht auf geplante Obsoleszenz), Konsistenzstrategie (Emissionsvermeidung durch naturverträgliche Gestaltung von Produkten und Produktionsprozessen) und Effizienzstrategie (relativ weniger Umweltbelastung durch umwelteffizientere Produkte und Produktionsverfahren – bei steigendem Verbrauch allerdings oft nur eine Scheinlösung).

Das Kapitel endet mit dem Abschnitt „Wege zu einer ökologiegerechteren Ökonomie“. Dort werden praktisch-technische Lösungsvorschläge (z. B. weltweite Wiederbewaldung zur Erreichung des 2°-Klimaziels), allgemeine Forderungen (z. B. Befreiung vom Rendite- und Wachstumszwang) und konkrete politisch-gesellschaftliche Vorschläge erläutert (z. B. staatliche Geldschöpfungshoheit und Naturkapitalaufbau).

Müller fordert hier unter anderem eine Aufhebung der Trennung zwischen Zentralbank und Staat, eine Ansiedlung des Geldschöpfungsmonopols beim Staat, Geldschöpfung unter demokratischer Kontrolle und eine staatliche Bodenpolitik: „Denkbar wäre, dass die Zentralbank Naturkapital, insbesondere Boden, aufkauft und im Sinne einer auf Naturkapitalaufbau zielenden ‚Nachhaltigkeitspolitik‘ die Preise für Naturkapital durch Käufe und Verkäufe steuert, wobei das hierzu verwendete Zentralbankgeld durch aufgekauftes Naturkapital gedeckt wäre“. Ferner (S. 228): „... könnte der Staat bzw. die Zentralbank, sofern hierzu demokratisch legitimiert, auch sukzessive Naturkapital aufkaufen und in öffentliches Eigentum überführen, um den Ressourcenverbrauch mengenmäßig und ökologieverträglich zu steuern. Um auch den staatlichen Aufkauf von wirtschaftlich genutztem Boden zu ermöglichen und voranzutreiben, könnten privaten Bodeneigentümern vom Staat Rückmietverkäufe angeboten werden, bei denen sie Boden (Naturkapital) verkaufen und zur weiteren Nutzung zurückpachten“. (S. 228) All dies ähnelt freiwirtschaftlichen Vorstellungen. An dieser Stelle weist Müller allerdings – zu Recht – auch auf die Gefahr hin, dass nachhaltige staatliche Regulierung durch die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA dauerhaft verhindert werden könnte.

Insgesamt liefert das Buch eine Fülle von Fakten und Anregungen für alle, die Wege zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem suchen. Dabei ist Müllers Gestaltungsoptimismus Mut machend. Auch für etwas skeptischere Leser ist das Buch daher empfehlenswert.

Johann Walter

Sahra Wagenknecht Reichtum ohne Gier – Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten

Frankfurt/M. und New York: Campus Verlag, 2016. 286 Seiten.

Dass eine gerechte Wirtschaftsordnung eine umfassende Sozialökonomie einer solidarischen Gesellschaft sein muss, lernt man nicht unbedingt aus klassischen Lehrbüchern der Ökonomie, sondern von einer Politikerin der Linken, die ein authentisches, ideologiefreies und hoch fundiertes innovatives Sachbuch über Wirtschaft, wie sie ist und wie sein sollte, geschrieben hat. Dies gelingt ihr, weil sie politische Unabhängigkeit bewahrt und sich ein umfassendes historisches und ökonomisches Wissen angeeignet hat, das man manchem gegenwärtigen Ökonomen nur wünschen würde. Sahra Wagenknecht geht es um moralische Werte, so dass sie sich auch in der Ökonomie ihrem Gewissen verpflichtet weiß, selbst wenn es für sie Nachteile und Kritik mit sich bringt. Diese Unabhängigkeit zeichnete sie schon als Schülerin in der DDR aus, als sie beim Wehrunterricht die Nahrungsaufnahme verweigerte, ein Studienverbot ausgesprochen bekam und sich mit Nachhilfestunden über Wasser hielt.

Wagenknechts Buch ist eine scharfsinnige Analyse der bestehenden Wirtschaftsordnung und zeigt Schritte in ein demokratisch gestaltetes Gemeinwesen, das niemandem mehr erlaubt, sich zulasten anderer zu bereichern. So fragt sie am Anfang: „Wie wollen wir leben?“ und „Warum gelingt es dem angeblich so überlegenem System eines freiheitlich organisierten Kapitalismus nicht, den vorhandenen Reichtum gerechter zu verteilen und aus den enormen Produktionssteigerungen ein Kapital zu schlagen, das allen und nicht nur wenigen zukommt?“ Ihre Antwort lautet: „Kapitalismus unterscheidet sich von anderen Ordnungen dadurch, dass in ihm nicht allein mit Kapital produziert wird, sondern um des Kapitals willen, dass in ihm also die Erträge auf das eingesetzte Kapital das eigentliche Ziel der Produktion sind.“

Kritisch sieht Wagenknecht deshalb den Abstieg der Mittelschicht, die neue Klassengesellschaft und die leistungsfreien Einkommen der Reichen, die Verdrängung einer Markt- durch

eine Macht- und Beutewirtschaft, das falsche Finanzsystem und unsere ungerechte Eigentumsordnung. Deshalb erinnert sie an die Väter des Ordoliberalismus und bezieht sich auf Walter Eucken, Alexander Rüstow und Ludwig Erhard, die eine „Soziale Marktwirtschaft“ errichteten, die es bis in die 1970er Jahre in der BRD auch noch gab. Schon damals war das Leitmotiv die Eindämmung der Macht der Konzerne und ein menschenwürdiges Leben für alle. Um dies in der heutigen neoliberalen Gesellschaft wieder zu erreichen, muss es vor allem eine neue Geld- und Eigentumsordnung geben, die dem Grundgesetz entspricht. Indem Wagenknecht feststellt, was Geld ist – nämlich „zunächst eine bloße Rechenheit, um Verschuldung zu ermöglichen und so zusätzliche Kaufkraft zu schaffen“, und dann Zahlungsmittel und öffentliches Gut für den Warentausch – verlangt sie eine andere Geld- und Finanzordnung. Denn „ohne eine andere Geldordnung kann es auch keine andere Wirtschaftsordnung geben“.

Da die Banken zwar kein Bargeld, aber elektronisches Geld aus dem Nichts in Vervielfältigung schaffen, geht ihr erster Blick auf eine neue Bankordnung. Sie will die Banken nach dem „Modell Island“ aufteilen in eine „Good Bank“, wo alle Girokonten, Spargelder und sonstigen Einlagen liegen, und eine „Bad Bank“, auf die fragwürdige Kredite und sonstige Finanzpapiere übergehen, so dass Geschäftsbanken und Investmentbanken getrennt sind. „Jeder Bank sollte es freistehen, sich als Gemeinwohlbank zu reorganisieren.“ Banken, die renditeorientiert arbeiten wollen, werden an den freien Markt entlassen. Für ihre Kapitaleigner gibt es keine Staatshaftung mehr. Private Banken haben dann auch keinen Zugang zur staatlichen Notenbank mehr. „Denn nur eine souveräne Geldordnung erlaubt auch staatliche Souveränität. Und nur ein demokratischer Staat ist auch demokratisch gestaltbar.“ So sieht Wagenknecht die „Vollgeld-Theorie in einer richtigen Richtung, aber dennoch auch kritisch. Die Girokonten würden bei der Zentralbank geführt. Damit wäre das Geld auf dem Girokonto nicht mehr bei einer privaten Bank, sondern direkt bei der Zentralbank geführt. So wäre das Geld auf dem Girokonto auch

kein Kredit an eine private Bank mehr (Bankkredite nur aus Ersparnissen der Zentralbank). Spargelder wären auf dem Konto einer Privatbank mit Zinsen. Wenn eine Bank pleiteginge, wären dann nur noch unsere Spargelder betroffen, aber nicht das, was zinsfrei auf unserem Girokonto liegt. „Bankkredite entstünden dann nur noch aus Ersparnissen. Die einzige Institution, die weiterhin das Recht hätte, Geld aus dem Nichts zu schaffen, wäre die Zentralbank.“ Denn der Zentralbank wäre zusätzlich erlaubt, Geld dadurch in Umlauf zu bringen, „dass sie es dem Staat gibt und er damit sinnvolle Dinge finanziert. Der Gewinner wäre allein der Staat. Kritisch sieht Sahra Wagenknecht die Vollgeld-Theorie, weil die Banken, die nur noch Spargelder weiterverleihen dürfen, nicht mehr die Kreditversorgung der Realwirtschaft sichern würden.

Die eigentlich radikale Forderung von Sahra Wagenknecht ist aber die neue Eigentumsordnung, die notwendig ist, um uns „vor dem Kapitalismus zu retten.“ Denn die „originäre eigentumsrechtliche Erfindung des Kapitalismus war das haftungsbeschränkte Eigentum, wie wir es von der GmbH und der Aktiengesellschaft kennen.“ Weil Kapitalgesellschaften auf diese Weise nur ein begrenztes Risiko eingehen, aber unbegrenzte Gewinne machen können, sollten sie verboten werden. Schon von Adam Smith bis Walter Eucken wurden sie radikal abgelehnt. Abgelöst werden sollen die Kapitalgesellschaften durch vier Grundtypen von Unternehmen: 1. Personengesellschaften mit vollem Risiko und vollem Gewinn, 2. Mitarbeitergesellschaften (Unternehmen gehören sich selbst und haben keine externen Eigentümer), 3. Öffentliche Gesellschaften (Mitsprache der Allgemeinheit, Kontrollorgan ist ein Aufsichtsrat, zur Hälfte Belegschaft, zur Hälfte öffentliche Vertreter aus Stadt und Region), 4. Gemeinwohlgemeinschaft (für nicht kommerzielle Unternehmen, die mit öffentlichen Geld gegründet werden, weil sie gemeinnützige Dienste verrichten und nicht gewinnorientiert arbeiten und einen öffentlichen Versorgungsauftrag haben).

Diese ganzen Reformen sind aber nur auf nationaler Ebene zunächst denkbar, wo der Staat einigermaßen selbstständig handeln kann. Sahra

Wagenknecht ist kritisch gegen den Euro als Gemeinschaftswährung und will jeder Nation ihre eigene Währung wiedergeben, weil eine „gemeinwohlorientierte Geldordnung voraussetzt, dass es ein Gemeinwesen gibt, das die Hoheit über sein Geld hat und frei über dessen Verwendung entscheiden kann.“ Dies ist in der EU nicht gegeben, weil eine „Währung ohne Staat bei gleichzeitiger Handels- und Kapitalverkehrsfreiheit letztlich Demokratie unmöglich macht“.

Somit bleibt das Problem der gesellschaftlichen Umsetzung der neuen Geld- und Eigentumsordnung die Herausforderung für die Gegenwart.

Christoph Körner

Peter Decker & Konrad Hecker & Joseph Patrick Das Finanzkapital

München: GegenStandpunkt Verlag, 2016. 180 Seiten.

Seit Marx' Analyse der kapitalistischen Produktionsweise haben sich diejenigen Theoretiker, die sich dieser Richtung verpflichtet gefühlt haben, wenig um das Zusammenspiel der Kapitalfraktionen gekümmert, denen er sich im 3. Band des „Kapitals“ gewidmet hat. Marx war es bei seiner Analyse wichtig, nicht nur das Funktionieren, die Ziele und Verfahrensweisen dieser Produktionsweise, sondern auch die Widersprüchlichkeit dieser Form der Produktion und der Verwertung des Kapitals aufzuzeigen. Den 3. Band des „Kapital“ kann man als den Höhepunkt dieser Untersuchung begreifen: während im 1. Band der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Produktion und Konsum, und im 2. Band der Kreislauf des Kapitals und das Auf-Einander-Angewiesen-Sein der verschiedenen Kapitalfraktionen thematisiert wird, so wird im 3. Band ausdrücklich das Interesse der einzelnen Kapitalfraktionen und des Grundeigentums und ihre Stellung zueinander zum Gegenstand der Untersuchung gemacht.

Der Einzige, der sich diesem Thema widmete, war Rudolf Hilferding in seinem 1910 erschienenen Werk „Das Finanzkapital“. Das 2016 erschienene Buch des gleichen Titels widmet sich dem Gegenstand in seiner gegenwärtigen Form und verzichtet auf historische Bezugnahmen. Es un-

tersucht die Rolle des Finanzkapitals im heutigen kapitalistischen Wirtschaftsprozess, der insofern korrekt als „Marktwirtschaft“ bezeichnet wird, als der Verkauf von Waren als das Um-und-Auf des Wirtschaftslebens und das bestimmende Moment des Produktionsprozesses bezeichnet und begriffen wird. In der heutigen Ökonomie existiert nur die zahlungsfähige Nachfrage: wer über kein Geld verfügt, existiert nicht und kann vom nationalökonomischen Standpunkt aus ruhig zugrunde gehen.

Der erste Abschnitt des Buches befasst sich mit dem Verhältnis des Finanzkapitals zur restlichen Ökonomie: „Das Finanzkapital als Schmiermittel und Treibstoff der Produktion und Realisation des Kapitals“. Dieser Teil widmet sich dem Dienst, den das Finanzkapital den anderen Kapitalfraktionen leistet. Das produktive Kapital bedarf des Kredits, um seinen Kreislauf zu vollenden. Dazu gehört erstens der kommerzielle Kredit, der es dem Produzenten ermöglicht, sein Produkt zu verkaufen, auch wenn der Kunde gegenwärtig nicht zahlungsfähig ist. Diese Form des zinsfreien Kredits ermöglicht den Fortgang der Produktion – die fehlenden Einkünfte bis zum vereinbarten Zahltag ersetzt der Bankkredit. Ein weiterer Dienst, den das Finanzkapital leistet, ist Kredit für Investitionen. Ein Unternehmer will seine Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, indem er die Stückkostenzahl seiner Produkte senkt. Dafür bedarf er ebenfalls der Kapitalspritzen aus der Welt des Leihkapitals. Schließlich sammelt die Welt der Banken und „Finanzdienstleister“ auch überschüssiges Kapital von Unternehmern und vermögenden Bürgern, um es für sie zu vermehren.

Aus diesen Tätigkeiten für Kapitaleigner aus anderen Sektoren macht sich das Finanzkapital zu einer Art Monopolisten des Geldes und des Kredits. Daraus entwickelt sich eine neue Tätigkeit, die der Profitmaschinerie Flügel verleiht: „Das Finanzkapital dreht sich um die eigene Achse und macht aus seiner Geldmacht eine eigene Geschäftssphäre“. Anstatt sich lediglich dem Dienst an fremdem Gewinn zu verschreiben, eröffnet die Bankenwelt eine eigene Profitmaschinerie: Mit der Emission von Wertpapieren, also Zetteln, auf denen es den Käufern derselben Gewinn verspricht, leistet es eine Art *creatio ex*

nihilo, eine Schöpfung von Kapital aus dem Nichts.

In diese Sphäre gehört auch noch ein weiterer Dienst am produktiven Kapital: Die Vermittlung von Wertpapieremissionen an der Börse, mit Hilfe derer sich die Unternehmen Leihkapital aus der Gesellschaft besorgen, wobei dem Finanzkapital als Vermittler Gewinn erwächst.

Diese Dienstleistung findet ihre Fortsetzung in der Kreditierung der Staatsgewalt: „Das Finanzkapital dient der Staatsmacht durch den Handel mit Anleihen“. Moderne Staaten haben viele Ausgaben, mit denen sie ihre Gesellschaft und die Kapitalakkumulation auf ihrem Territorium verwalten. Dafür benötigen sie mehr Geld, als sie ihrer Gesellschaft in Form von Steuern und Abgaben entziehen können. Seit geraumer Zeit bedienen sie sich hierfür des Kredits, den sie aufgrund ihrer Stellung als einrichtende und beaufsichtigende Gewalt über ihr Territorium beanspruchen können. Hier ist natürlich wichtig, welche Stellung in der Hierarchie der Nationen sie einnehmen. Staaten, deren Verfügungsgewalt zweifelhaft ist oder deren Ökonomie schwächelt, gesteht das Finanzkapital schlechtere Konditionen und weniger bis gar keinen Kredit zu.

Damit wird das Finanzkapital zu einer Art Königsmacher im heutigen System der Konkurrenz der Nationen: „Das Finanzkapital und der Imperialismus“. Das Finanzkapital entscheidet durch seine Kalkulationen über den Kredit, den Staaten haben, und damit über deren Freiheit in der Gestaltung ihres Verhältnisses zur eigenen Bevölkerung und zu den anderen Staaten, den feindlichen Brüdern im Wettbewerb um Märkte und Rohstoffquellen. Das Finanzkapital entscheidet somit – in Zusammenarbeit mit der Politik – teilweise auch über Armut und Reichtum ganzer Nationen, und über Krieg und Frieden.

Es wäre verfehlt, sich von diesem Buch eine „Würdigung“ zeitgenössischer Vorschläge zur Zurückdrängung der Macht des Finanzkapitals zu erwarten. Jene Ideen, wie man den „Konjunkturmotor wieder anspringen“ lassen und die gewinnorientierte Produktion wieder in ihre angestammten Rechte einsetzen könnte, waren nicht Gegenstand des Interesses der Autoren. Sie wollten mit diesem Buch analysieren, wie sich die

Inhaber großer Vermögen an der Aufgabe abarbeiten, gemäß der kapitalistischen Grundformel „G – G'“ Vermögen einzusetzen, um es zu vermehren und dieser Formel unter Einbeziehung der ganzen Welt und aller Sphären der Produktion, des Handels und des Konsums Gültigkeit zu verschaffen.

Amelie Lanier

Christoph Pflüger „Das nächste Geld“ – Die zehn Fallgruben des Geldsystems und wie wir sie überwinden

Soloturn: Edition Zeitpunkt, 2015. 252 Seiten.

Den Lesern dieser Zeitschrift dürften die schweizerische geldsystemkritische Zeitschrift „Zeitpunkt“ und deren langjähriger Herausgeber Christoph Pflüger keine Unbekannten sein. Seine Kenntnisse aus langjähriger Beschäftigung mit den Schwächen und Widersprüchen des heutigen Geldsystems und dessen Reformvorschlägen hat er jetzt in einem Buch vorgelegt. In 10 Abschnitten beleuchtet Pflüger die systemischen Fehler des heutigen Geldsystems und deren Folgen, wie z. B. der zinsbedingte Wachstumszwang. Er geht weitgehend journalistisch vor, bezieht sich auf Ergebnisse vieler Veröffentlichungen und Erkenntnisse der geldkritischen Vordenker, bezieht die historisch interessante Entwicklung des heutigen Geldsystems (Gründung der Zentralbanken) ein und stellt das Ergebnis kompakt und gut verständlich dar. Manchmal werden dabei beim Verfasser paulinische Gedankengänge offenbar: Geld bzw. die Geldgier sei die Wurzel allen Übels und damit eine Überbewertung der Rolle des Geldes in dieser Welt? Auch wird mancher Leser seine Schlussfolgerung, dass der Blutzoll von Menschenleben der Diktaturen von Hitler, Stalin und Mao harmlos war gegenüber dem Blutzoll des Regimes des privaten Geldes „von hunderten Millionen und einem Vielfachen davon an Verarmten, Entrechteten und Verblendeten“, differenzierter betrachten.

Der Verfasser benutzt in seinem Buch den Begriff des „privaten Geldes“ sowohl für die ‚Bösen‘ (Geldschöpfung der Banken) als auch für die ‚Guten‘ (Komplementärwährungen wie z. B. das Regiogeld). Das ist begrifflich verwirrend. Sein

Fokus der Kritik ist aber gerichtet auf die unkontrollierte „private“ Giralgeldschöpfung der Banken im Verbund mit der jeweiligen Zentralbank. Als Leser ahnt man nach der Lektüre der ersten Kapitel bereits, dass das Buch mit dem Reformvorschlag des „Vollgeldes“ (Geldschöpfungsmonopol des Staates) enden muss. Bevor er uns das Licht im Tunnel zeigt, schildert er in einer düsteren und apokalyptischen, aber nicht unrealistische Skizze das nahende Ende des heutigen Geldsystems. Seine Diagnose ist klar und deutlich: Der Patient ist schon klinisch tot und wird nur noch künstlich am Leben gehalten. Es wird Zeit – so Pflüger – den Stecker zu ziehen.

Erst auf den letzten 50 Seiten seines Buches kommt er zu den Vorschlägen für einen Neustart und damit zum Titel seines Buches: „Das nächste Geld“. Es ist leider der schwächste Teil seines Buches. Bei den Reformvorschlägen setzt er den Schwerpunkt beim Frei- und Vollgeld. Den Vorschlag einer Entnationalisierung des Geldes bzw. des Währungswettbewerbs lässt er völlig außer Acht. Man findet kein Wort zu den Bitcoins und sonstigen virtuellen Währungen dieser Welt. Mit nur wenigen Zeilen verwirft er das Konzept einer Goldwährung als Geldreformansatz. Die Begründung ist kurz und bündig: Die derzeitige Goldmenge würde für die erforderliche Geldmenge heute einfach nicht ausreichen. Da macht er es sich aber sehr einfach. Die Befürworter dieses Ansatzes haben diese vermeintliche Schwachstelle des Reformvorschlags schon längst gesehen und gelöst.

Pflüger (und er ist dabei in der „Vollgeld-Szene“ nicht der Einzige) befürwortet die Vollgeldreform und gleichzeitig liebäugelt er mit einer privaten, dezentralisierten (Frei-)Geldschöpfung à la Wörgl, WIR und Wära. Beide Reformansätze schließen sich aber gegenseitig aus. Die Vollgeld-Befürworter tun sich schwer mit den lokalen, regionalen oder überstaatlichen Komplementärwährungen, die sie eigentlich auch befürworten, aber die systemisch in diesem Konzept keinen Platz haben. Wenn man das Vollgeld-Konzept zu Ende denkt, kann und darf es keinen Platz für private Geldschöpfung der Banken oder anderer Wirtschaftssubjekte mehr geben, es sei denn, die Nebengeldmenge und deren Nutzung

haben keine volkswirtschaftlich relevante Bedeutung. Theoretisch gäbe es mehrere Varianten der Koexistenz, wie z. B.:

- Das Vollgeld-Konzept bezieht sich nur auf die staatliche Währung und verhindert „nur“ die private Geldschöpfung dieser Währung durch Privatbanken. Banken und andere Wirtschaftsakteure dürfen daneben private Währungseinheiten herausgeben.
- Nebengeld innerhalb einer volkswirtschaftlichen Nische (z.B. Tauschringe) wird toleriert. In diesem Fall reduziert sich die Bedeutung auf die soziale Funktion oder auf die von einigen geglaubte homöopathische Wirkung der Komplementärwährungen (wie z. B. Lietaer).
- Nebengeldschöpfung (ggfs. denominiert in einer privaten Währungseinheit) ist erlaubt, aber unterliegt der staatlichen Kontrolle und die Geldschöpfungsgewinne (Seigniorage) werden abgeschöpft bzw. sozialisiert.

Dieser Diskurs fehlt in dem Buch und wurde bislang leider auch sonst noch kaum geführt.

Die ordnungspolitische Slalom-Fahrt des Verfassers ist an manchen Stellen unschlüssig. Ein Beispiel: „Geld ist ein Recht auf Gegenleistung und erfordert zu seiner Legitimation keinen staatlichen Stempel“. (S. 226) Freie Menschen sollen dieses Recht in freier Assoziation untereinander begründen dürfen. (S. 236) Okay, aber warum plädiert Pflüger in der nächsten Zeile für den staatlichen Stempel „gesetzliches Zahlungsmittel“ nicht nur für Bargeld, sondern auch für Giralgeld und dessen Emission durch ein staatliches Monopol? Die Existenz eines staatlichen Geldausgabemonopols, die Etablierung eines gesetzlichen Zahlungsmittels (Annahmewang für Begleichung von Verbindlichkeiten) und die Existenz rechtlicher Rahmenbedingungen der Geldwirtschaft bedingen sich nicht gegenseitig. Gerade die von Pflüger für notwendig erachtete Eigenschaft des Geldes als „gesetzliches Zahlungsmittel“ ist in der heutigen Zeit redundant geworden. Wenn man diese Eigenschaft streichen würde, würde das Geld genauso funktionieren (oder nicht funktionieren) wie heute auch.

An manchen Stellen wünsche ich mir das kritische Hinterfragen der benutzten Quellen durch den Journalisten Pflüger. Er kolportiert unkom-

mentiert das völlig unbegründete Gerücht der geplanten Bargeldabschaffung im Jahr 2018. Er wiederholt das mittlerweile weit verbreitete Märchen des Verbots der Notwährungen (inklusive Freigeld) in den USA während der Weltwirtschaftskrise (1933) und vermag nicht auszuweisen, was für einen Verlauf die Geschichte genommen hätte, wenn es kein Verbot gegeben hätte. Da reicht aber ein Blick in die Geschichtsbücher der USA. Auch die angeblich krisenbehebende Wirkung im bargeldlosen WIR-System bedingt durch die Umlaufgebühr, kann man getrost vergessen, denn diese hat es für die WIR-Konten nie gegeben.

Eine 2. Auflage dieses Buches wäre wünschenswert, nicht nur um diese und sonstige Fehler zu bereinigen. Denn das Buch lädt nicht nur zum Nachdenken, sondern auch zur Diskussion und Aktion ein. Es muss ja nicht unbedingt Vollgeld sein. Weniger ist manchmal mehr. Lasst uns neue Geldsysteme bauen! Damit hat Christoph Pflüger auf jedem Fall ein wichtiges Ziel erreicht. Meine Empfehlung: Kaufen (oder ausleihen), lesen, diskutieren und mitbauen!

Hugo Godschalk

Jean Ziegler

Ändere die Welt – Warum wir die karnibalistische Weltordnung stürzen müssen

München: C. Bertelsmann Verlag, 2015. 288 Seiten.

Sein Buch sei kein Buch der Utopie, sondern ein Handbuch für den Kampf, schreibt Jean Ziegler im Vorwort seiner in zehn Kapitel gegliederten Publikation. Ein Kampf gegen eine, wie es im Untertitel der deutschen Ausgabe heißt, „karnibalistische Weltordnung“, die vielfältige Probleme hervorgebracht hat.

So besäßen ein Prozent der Reichsten genauso viele Vermögenswerte wie 99 Prozent der Erdbewohner, heißt es im Umschlagtext des Buches. Die Rede ist von einer ‚Weltordnung‘, in der die Oligarchen des globalisierten Finanzkapitals über Hunderte von Millionen im Elend lebender Menschen herrschten. Die transkontinentalen Finanzoligarchien, die ihre Stärke aus der Überausbeutung der Arbeitnehmer, der Rohstoffe und der Märkte in den Ländern der südlichen Hemisphäre

zögen und immer mehr Produktionseinrichtungen außerhalb der nationalen Grenzen verlagerten, usurpierten die wirtschaftliche, politische und ideologische Macht. (S. 129) Ziegler spricht gar vom „Banditentum“ der internationalen Banken, die sich, nachdem sie die Finanzmärkte ruiniert hätten, zusammen mit den Hedgefonds den Rohstoffen zugewandt hätten. (S. 265) Er verwendet in diesem Zusammenhang die Formulierung „die großen Räuber“.

Ackerland sei vor allem in Afrika, Südasien und Mittelamerika zum heiß begehrten Spekulationsobjekt geworden. So sollen multinationale Finanzoligarchen 2013 221 Millionen Hektar Ackerland in der den Ländern der südlichen Hemisphäre erworben haben. (S. 53) Seit mehr als vierzig Jahren beute der französische multinationale Konzern Areva die Uranminen in Niger aus. Niger verfüge über die zweitgrößten Uranvorkommen weltweit. Dennoch rangiere Niger auf der Liste der ärmsten Länder der Welt an vorletzter Stelle. Selbst Greenpeace habe es nicht geschafft, dass der ausbeuterische Vertrag veröffentlicht wurde, der Niger an Areva binde. (S. 188f)

In Europa hätten, so Ziegler (S. 129), die Oligarchien des globalisierten Finanzkapitals schrittweise die Errichtung eines supranationalen Zwangs- und Regelungsapparates durchgesetzt, der ihren Interessen diene. Die Europäische Union sei das Musterbeispiel. Trotzdem funktionierten die Institutionen des Nationalstaats, sein Zwangsapparat und sein ideologischer Apparat weiterhin. Ziegler sieht den bürgerlichen Staat als Staat der herrschenden Klasse, das heißt als „Instrument für die Repression, die eine sehr kleine Schicht der Bevölkerung über die gewaltige Mehrheit der Arbeiter, der Ausgebeuteten, der Getäuschten und Gedemütigten ausübt“. (S. 134)

Doch was hat Ziegler all diesen Fehlentwicklungen entgegenzusetzen? Immerhin schreibt er im Schlussteil des Buches: „Die Bemühungen der Intellektuellen nützen heute nichts, wenn sie den Feind nur bekannt machen und nicht auch dazu beitragen, die Menschen in die Lage zu versetzen, ihn zu bekämpfen und zu besiegen.“ (S. 278) Es verwundert nicht nur das martialische Vokabular, das Ziegler hier verwendet. Erstaun-

lich ist auch der Mangel an konkreten Hilfestellungen für den Leser, der ja laut Titel die Welt ändern soll und dabei geduzt wird. Die ersten neun Kapitel des Buches, überschrieben beispielsweise mit „Die Ungleichheit zwischen den Menschen“, „Irrwege der Ideologien“, „Die Ketten in unseren Köpfen“, „Der Staat“, „Wie entsteht und entwickelt sich die Gesellschaft“, „Die Völker des Schweigens“, liefern keine konkreten Lösungsansätze.

Beschworen wird dafür im zehnten Kapitel mit dem eigenartigen Titel „Die Bruderschaft der Nacht“ eine weltweite Zivilgesellschaft, die sich gegen die Diktatur des globalisierten Finanzkapitals, ihrer Satrapen und Söldner erhebe (S. 259). Auch in diesem Kapitel wird die Aneignung riesiger Landflächen in Afrika – 41 Millionen Hektar im subsaharischen Afrika durch Großbanken und andere „ausländische Investoren“ zu lächerlichen Konditionen – kritisiert. Von einer sozial gerechten Boden- und Ressourcenordnung ist jedoch an keiner Stelle des Buches die Rede. Gelobt werden lediglich Bemühungen von Bauern in Benin und Kamerun sowie ihren Gewerkschaften um einen mittlerweile auch von der schweizerischen Regierung unterstützten Gerichtsstand im Ausland. Von alternativen Geldmodellen zur Überwindung des von Ziegler vielfach kritisierten Kapitalismus ist im Buch nicht die Rede. Keynes' Werk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ wird zwar erwähnt (S. 75), nicht aber die darin beschriebene Finanzinnovation (Kap. 23f.), die laut Keynes binnen Kürze zu einer Überwindung der „Rentnerseite des Kapitalismus“ führen könne.

Zieglers Schlussbetrachtung jedenfalls trägt optimistische Züge: „Alles, was es braucht, ist, die verfassungsgemäßen Waffen zu ergreifen und gegen die weltbeherrschende Finanzoligarchie zu richten ... und schon morgen früh bricht die kannibalische Weltordnung zusammen.“ (S. 278). Konkrete Hilfestellungen hierfür bietet Ziegler leider keine.

Frank Bohner

Hans Magnus Enzensberger
Immer das Geld! – Ein Wirtschaftsroman

Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 2015. 213 Seiten.

Der herausragende Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger hat sich im hohen Alter einem heiklen Thema gewidmet: „Immer das Geld!“ Ein kleiner Wirtschaftsroman mit üppigen Illustrationen.

Jedes Mal, wenn Tante Fé zu Besuch kommt, gerät der normale Alltag der Familie Federmann durcheinander. Die alte, muntere Dame hat es faustdick hinter den Ohren. Mit den Möglichkeiten und Verwerfungen des Geldes kennt sie sich aus: Inflationen, Not und Elend, Erbschaften und Wohlstand sind ihr nicht erspart geblieben. Reisen in verschiedene Länder und Begegnungen mit den unterschiedlichsten Menschen haben ihr ein erfahrungsreiches Leben beschert.

Die Federmanns sind ihre einzigen Verwandten. Sie trifft sich bei ihren sporadischen Besuchen mit den drei Federmann-Kindern in einem Luxushotel. Dort erläutert sie mit den Kindern die unzähligen Aspekte des Geldes. Man tauscht seine Meinung aus oder führt Exkursionen durch. Immer steht das Geld im Mittelpunkt. Eines Tages will die Tante bei den Federmanns für ein paar Tage einziehen. Was hat die Tante vor? Ist sie plötzlich verarmt? Hat sie ihren Reichtum bisher nur vorgegaukelt? Möchte sie

ihr Testament eröffnen? Der Wirtschaftsroman wird immer spannender. Das Thema Geld wird auch praktisch auf die Spitze getrieben. Enzensberger bindet das Geld in seinen täglichen Zusammenhang ein. Glück und Unglück, Illusionen und Lebenschancen sind oft mit Geld verbunden.

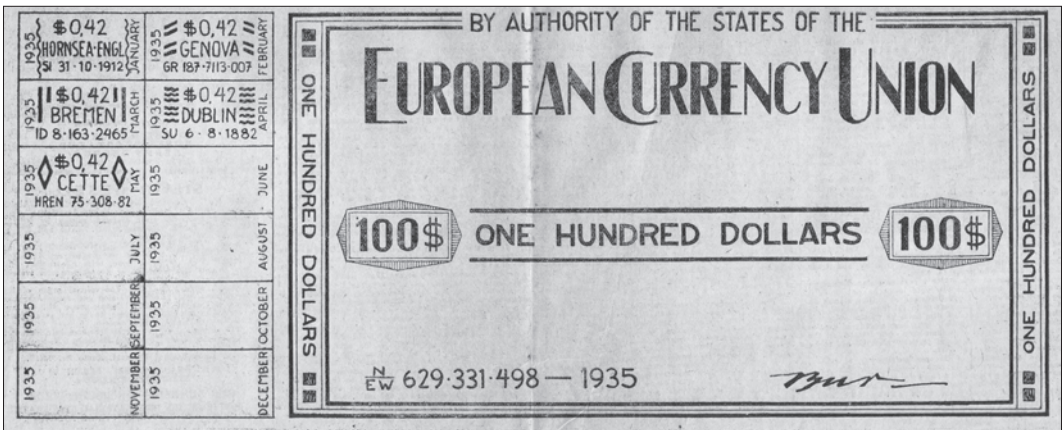
Das kenntnisreiche Buch von Enzensberger ist vor allem für jugendliche Leser geeignet, aber auch für den Normalverbraucher. Es ist spannend geschrieben und vermeidet die üblichen Ressentiments den Geldbesitzern gegenüber. Es ist eine lebendige Einbettung eines trockenen Themas in einen aktuellen Wirtschaftsroman und geschmackvoll illustriert.

Helmut Woll

Michael Breisky
Halbzeit im Kampf gegen den Mammon
Wie Menschliches Maß das Bild vom berechnenden Menschen überwindet und den Weg zu Gelungenem Leben ebnet.

St. Lorenz/Salzburg: Eigenverlag, 2015. 233 Seiten.

Michael Breisky, ausgewiesener Kenner von Leopold Kohr und ehemaliger Diplomat, legt in diesem Buch eine Analyse unserer sozio-ökonomischen und sozio-ökologischen Gefährdung vor und versucht, im Kohrschen Denken Strategien zur Bewältigung dieser Krisen aufzuzeigen. Ausgangspunkt von Breisky und Kohr ist die Entgrenzung des sozialen Lebens. Es wurde eine rote Linie



"European Currency Union" – Muster aus dem Jahr 1935

Quelle: Archiv für Geld- und Bodenreform in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg

überschritten, die Menschen haben ihre Mitte, das Gefühl für das menschliche Maß verloren. Es herrscht der Mammon, die Sucht nach immer mehr ohne Rücksicht auf Verluste der Natur und der menschlichen Begrenztheit. „Ich bin überzeugt, die Bedrohung der Menschheit liegt heute in der Maßlosigkeit dessen, was sie als ihre Erfolgsprinzipien ansieht und wirklich menschenwürdig kann ein Überleben nur sein, wenn wir den überall wehenden Geist der Verbundenheit wieder finden und stärken; er ist es ja der Qualität über Quantität stellt und Kooperation über Wettbewerb; und der damit den Weg zu gelungem Leben weist.“ (S. 9)

Breisky beruft sich bei seinen Reformvorschlägen vor allem auf die Lehre von Leopold Kohr und E.F. Schumacher zum menschlichen Maß (*small is beautiful*), auf die Freigeldlehre von Silvio Gesell und vor allem auf eine Wiederbelebung des ‚Geistes der Verbundenheit‘ sowie des ‚heiligen Geldes‘ des amerikanischen Kulturphilosophen Charles Eisenstein. Aufbauend auf diesen Autoren werden 7 Reformvorschläge von Breisky ausgeführt:

1. Allmähliche Zins-Reduktion bis hin zu Negativzinsen, also ein ‚Schrumpf-Geld‘ im Sinne von Silvio Gesell.
2. Steuerliche Förderung des ‚Commons‘ (Allmende). Grund und Boden oder kollektive Produkte der menschlichen Kultur sollten tunlichst nicht im Eigentum von Privatpersonen stehen.
3. Volle Kostenwahrheit nach dem Verursacherprinzip durch Internalisierung statt Auslagerung der ökologischen und sozialen Kosten.
4. Wirtschaftliche Regionalisierung im Sinne von Leopold Kohr. Wenn die Produktion und der wirtschaftliche Austausch regional sind, dann werden auch die Auswirkungen unserer Handlungen auf die Gesellschaft und die Umwelt viel klarer ersichtlich, und das verstärkt unser angeborenes Gefühl für Kooperation.
5. Angepasste Technologien und ökologische Landwirtschaft im Sinne von E. F. Schumacher. Zudem erlauben technische Errungenschaften eine Auszahlung einer sozialen Dividende an jedermann.
6. Rücknahme des BNP-Wachstums. Schwundgeld, eine auf Ressourcen basierende Wirtschaft und die soziale Dividende ermöglichen zusammen ei-

ne solche Postwachstumsökonomie, die das Geld zu jenen fließen lässt, die es ausgeben müssen.

7. Kultur des Schenkens: Geld ist unfähig, die Zirkulation und die Weiterentwicklung der vielen nichtquantifizierbaren Dinge zu fördern, die das Leben erst reich machen.

Breisky geht es nicht einfach um eine politische und soziale Reform der kapitalistischen, globalisierten Ökonomie, sondern um eine Metamorphose zugunsten eines Gelungenen Lebens. „Wie gesagt mag ein selbstbestimmtes Gutes Leben in Reichweite sein, es wird aber auch schon aus ökologischen Gründen kaum sorgenfrei sein; ja schon das bloße Überleben des Menschen ist heute in Gefahr. Wir brauchen daher dringend ein neues Selbstverständnis, das uns rational wie emotional überzeugt, und das daher auch auf Spiritualität wird setzen müssen.“ (S.221) In diesem Sinne ist erst Halbzeit im Kampf gegen den schnöden Mammon. Das Buch deswegen Halbzeit zu nennen klingt etwas zu profan. Es ist außerdem schade, dass der Autor den Freund von Leopold Kohr und Bruder im Geiste, Ivan Illich und seine Denkweise, fast nicht erwähnt. Hier wäre er auf der Suche nach einer neuen Haltung noch fündiger geworden. Er hätte festgestellt, dass es nicht nur um kluge ausgedachte Vorschläge geht, sondern um eine neue Denkhaltung, um eine neue wissenschaftliche Methode. *Helmut Woll*

Jan-Werner Müller

Was ist Populismus? – Ein Essay

Berlin: Edition Suhrkamp, 2016. 160 Seiten.

In einer Zeit, in der eine verschwindend kleine Gruppe des fremdenfeindlichen PEGIDA-Bündnisses die Deutungshoheit zum Tag der Einheit in Dresden mit hasserfüllten Parolen erobert wie „Volksverräter“, „Lügenpresse“, „Haut ab“ und „Merkel muss weg“, ist es wichtig, dass man die zunehmend populistischen Bewegungen in Deutschland, Europa und anderswo näher analysiert, um ihnen sachgerecht begegnen zu können. Dieser Aufgabe unterzieht sich Jan-Werner Müller, der Politische Theorie und Ideengeschichte an der Princeton University (USA) lehrt und einen aufschlussreichen Essay über

den Populismus geschrieben hat. Darin beleuchtet er zugleich die Theorie wie auch die Praxis des Populismus in der Gegenwart, um dann eine Orientierungshilfe zum „demokratischen Umgang mit Populisten“ zu geben.

Müller stellt klar heraus, dass sich Populismus nicht an einem bestimmten „Politikstil“ festmachen lässt. Er besitzt aber eine identifizierbare Logik. Sie ist antielitär und antipluralistisch und kommt nicht ohne moralisch aufgeladene Polarisierung aus. Der Populismus ist darum immer ein Schatten der Demokratie und wird es auch bleiben, solange Demokratie praktiziert wird, weil er sich antidemokratisch gebärdet. Wenn heute PEGIDA-Demonstranten rufen „Wir sind das Volk“, dann meinen sie nur sich selbst und schließen alle anderen Menschen aus, denen unmissverständlich gesagt wird: „Ihr gehört nicht dazu“. Da diese Populisten nie die Wirklichkeit akzeptieren – „Das Volk tritt nur im Plural auf“ (Habermas) –, stilisieren sie einen symbolischen Volksbegriff, der von ihnen als einzig wahr heraus präpariert wird. Deshalb kann es für sie auch keine legale Opposition zu ihren Ansichten geben, weil sie allein die Wahrheit besitzen. So vereinnahmen Populisten den Staat, weil er von falschen Eliten repräsentiert wird, und begründen dies mit ihrer moralischen Selbstrechtfertigung. Ihnen geht es nicht um Partizipation wie in der Demokratie, sondern um ihre alleinige Repräsentation. Da solche populistischen Bewegungen auch in anderen Ländern mächtig werden und z. T. Regierungsvollmacht erhalten („Fidesz-Staat und PiS-Staat in Polen; Victor Orban in Ungarn, Wladimir Putin in Russland, Recep Tayyip Erdogan in der Türkei, Donald Trump in den USA u.s.w.), untersucht der Autor auch die Herrschaftstechniken des Populismus, die überall gleich sind: „Inbesitznahme des Staates, Klientelismus, Diskreditierung jeglicher Opposition“ und bestimmter Medien.

Wie aber soll man dieser Bewegung begegnen? Man soll sie nicht diskreditieren, sondern mit ihnen diskutieren – solange es möglich ist –, um sie innerhalb der Demokratie nicht vom politischen Bildungsprozess auszugrenzen. In Fällen aber, wo Populisten Volksverhetzung betreiben, muss das Strafrecht greifen und auch angewen-

58. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Boden, Ressourcen und Atmosphäre sind Menschheitsgüter! – Was folgt daraus?

29. und 30. Oktober 2016

Silvio-Gesell-Tagungstätte in Wuppertal

SAMSTAG, 29. OKTOBER 2016

- 9.15 Uhr **Begrüßung und Einführung**
Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude
- 9.30 Uhr **Die Bodenrente und ihre Wiederentdeckung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**
Dr. Norbert Olah, Neuss
- 11.00 Uhr **Ansätze einer effizienten und gerechten Ressourcennutzung**
Dr. Henning Wilts, Leiter des Geschäftsfelds Kreislaufwirtschaft am Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie
- 14.30 Uhr **Ökologische Steuerreform – eine Totgeburt?**
Prof. Dr. Dirk Löh, Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld
- 16.30 Uhr **Ökologisches Grundeinkommen – freiheitliche Umwelt- und Sozialpolitik**
Dr. Ulrich Schachtschneider, Oldenburg
- 20.00 Uhr **„Warum eigentlich genug Geld für alle da ist“**
Buchvorstellung mit Klezmermusik - Stefan Mekiffer, Philosoph, Berlin und Waldeck

SONNTAG, 30. OKTOBER 2016

- 9.15 Uhr **Bodenreform und Menschenbild**
Fritz Andres, Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll
- 10.45 Uhr **Diskussion zum Vortrag und zusammenfassendes Rundgespräch**
- 12.30 Uhr Ende der Tagung – Änderungen vorbehalten!

Anmeldung erforderlich.

Ausführliche Informationen zur Anmeldung und ein Online-Formular finden Sie unter:

<https://goo.gl/quXsQ5>

det werden. So sollen Populisten lernen, dass es in einer Demokratie nur das freie Mandat, nicht aber ein imperatives Mandat der Moral gibt. Daraus resultiert für den Autor die Herausforderung an uns alle: „Vor allem sollte man das Feld nicht den Populisten überlassen, die so tun, als könnten sie das ursprüngliche Versprechen der Demokratie auf kollektive Autonomie einlösen. Sie können es nicht.“ Freilich wird dieser Prozess mit dem Populismus von uns allen Geduld, Klarsicht, Engagement und politische Einsichten erfordern, um die wir uns jeden Tag neu bemühen müssen. *Christoph Körner*

Jakob Augstein über die Panama Papiere

„Die Panama Papers zeigen, wie der internationale Kapitalismus wirklich funktioniert. Und was wir sehen, ist unappetitlich: Gier, Gleichgültigkeit, Betrug, Korruption. ... Das internationale Kapital hat sich eine zweite Welt geschaffen, mit eigenen Regeln, unsichtbar und unzugänglich für die Nicht-Eingeweihten. Eine parallele Dimension, die uns umgibt, die wir aber nicht greifen können. Und in die unsere Politiker auch nicht eingreifen wollen. Wie auch? In den Listen tauchen die Verwandten und Mitarbeiter ehemaliger und amtierender Staatschefs von wenigstens 35 Ländern auf, von Angola bis zum Vereinigten Königreich. Denn es ist ja auch Europa dabei: Frankreich, Italien, Ungarn oder Spanien. ... Kapital ist mobil, Moral ist fad. Die Welt des globalen Kapitalismus kennt keine Grenzen für das Geld. Und keine Gesetze für die Reichen. Grenzen und Gesetze sind für die Armen und die Dummen. Die Öffentlichkeit im Westen erregt sich über die Flüchtlinge. Weil man sie sehen kann. Die Steuerflüchtlinge lassen uns einigermassen kalt. Weil sie die Macht haben, zu verschwinden. Der Westen, der so stolz auf seine Werte ist, verschließt seine Grenzen für verängstigte Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben. Aber er öffnet sie für schmutziges Geld auf der Suche nach einer besseren Anlage.“

Nimm, was du kriegen kannst! – Kolumne auf Spiegel-Online am 4.4.2016 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/panama-papers-nimm-was-du-kriegen-kannst-kolumne-a-1085279.html>

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Reg. Dir. i.R. Eckhard Behrens
Bergstr. 29, 69120 Heidelberg

Frank Bohner
Hopfauer Str. 23, 70563 Stuttgart

Dr. Max Danzmann
Eschersheimer Landstr. 87, 60322 Frankfurt/M.

Prof. em. Dr. Christoph Deutschmann
Universität Tübingen – Institut für Soziologie
Wilhelmstraße 36, 72074 Tübingen

Dr. Hugo Godschalk
c/o PaySys, Im Uhrig 7, 60433 Frankfurt/M.

Dr. Christoph Körner
Erlbachtal 40, 09306 Erlau

Amelie Lanier
Brucker Bundesstraße 28, 5700 Zell am See
Österreich

Prof. Dr. Carsten Müller
c/o Hochschule Fulda FB Wirtschaft
Leipziger Straße 123, 36037 Fulda

Elke Schenk
Nussbaumweg 24/1, 71665 Vaihingen/Enz

Dr. Hans Günter Wagner
Rasentallee 29a, 34128 Kassel

Prof. Dr. Johann Walter
c/o Westfälische Hochschule - FB Wirtschaft
Neidenburger Str. 43, 45877 Gelsenkirchen

Dr. Helmut Woll
Falkenberger Str. 52, 28215 Bremen

Parallelwährung "Sardex" auf der italienischen Insel Sardinien

ARD-Bericht am 9.10.2016

In der Mediathek unter:

<http://mediathek.daserste.de/Europamagazin/Italien-Parallelw%C3%A4hrung-Sardex-rettet/Video?bcastId=342024&documentId=38202604>



Gerhard Senft (Hg.)

LAND UND FREIHEIT

Zum Diskurs über das Eigentum an Grund und Boden in der Moderne

ISBN 978-3-85371-358-7, br.,
208 S., 15,90 Euro

Mit Beiträgen von:

*Thomas Paine, Adam Smith,
David Ricardo, John Stuart Mill,
Pierre-Joseph Proudhon, Friedrich
Engels, Silvio Gesell u.a.*

PROMEDIA

www.mediashop.at

promedia@mediashop.at

Tel: +43 1 405 27 02 | Fax: +43 1 405 27 02-22



200 Seiten | 22,00 EUR
ISBN 978-3-7316-1013-7

Dirk Lühr

Prinzip Rentenökonomie

Wenn Eigentum zu Diebstahl wird

Ökonomische Renten: Dies sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen – zumindest einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Sie differenziert nicht zwischen Eigentum, das auf Leistung gründet, und solchem, das ursächlich auf Usurpation beruht. Die „Erbsünde“ ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten. Land stellt die Blaupause für die „Einfriedung“ weiterer Allmenden dar, deren Inwertsetzung aber zu Lasten der Allgemeinheit geschieht. Die Entkopplung von Nutzen und Kosten in der Rentenökonomie wäre daher nicht ohne die Entkopplung von Leistung und Gegenleistung im Steuerstaat möglich. So wird z.B. Infrastruktur öffentlich finanziert, die ökonomischen Renten hieraus werden aber privatisiert. Entkoppelt man aber einerseits in der Rentenökonomie Nutzen und Kosten, droht hier Marktversagen; entkoppelt man andererseits im Steuerstaat Einnahmen und Ausgaben, ist die Folge dort Staatsversagen. Nötig ist daher eine Politik, die konsequent und gegen den Widerstand von Interessengruppen die Reziprozität von privaten Nutzen und Kosten sowie staatlichen Einnahmen und Ausgaben herstellt.

metropolis

Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik



SILVIO GESELL:
**„Reichtum und Armut
gehören nicht in
einen geordneten
Staat.“**

Werkauswahl zum
150. Geburtstag
zusammengestellt
von Werner Onken

*2. überarbeitete
Auflage 2012*

230 Seiten, Pb.

19,90 EURO [2012]

ISBN 978-3-87998-462-6

Am 17. März 2012 jährte sich zum 150. Mal der Geburtstag des Kaufmanns und Sozialreformers Silvio Gesell, der wegen seiner grundlegenden Vorschläge für die Verwirklichung einer freiheitlichen und gerechten, den Frieden fördernden Gesellschaftsordnung mehr Beachtung verdient, als ihm bisher im allgemeinen und in der Wissenschaft im besonderen zuteil wurde. Aus diesem Anlass soll das vorliegende Buch die Persönlichkeit Silvio Gesells vorstellen und anhand einer Auswahl von Textpassagen aus seinen Werken einen Einblick in seine sozialreformerische Gedankenwelt vermitteln.

Bestellungen:
SOZIALÖKONOMIE-SHOP
www.sozialoekonomie.de